

Kein Geld ohne Gegenleistung

Vergangene Woche fand in Brüssel die Auftaktkonferenz zur Zukunft der EU-Agrarpolitik statt. Die Meinungen gingen weit auseinander. Eines wurde aber klar: Will die Landwirtschaft künftig öffentliche Gelder, muss sie das vor der Gesellschaft gut rechtfertigen können.

Am Montag und Dienstag vergangener Woche sind in Brüssel rund 600 Vertreter verschiedenster Gesellschaftsschichten und Interessensgruppen zusammen gekommen, um im Rahmen der Konferenz „Die GAP nach 2013“ eine Basis für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 zu erarbeiten. Umwelt-, Verbraucher- und Tierschützer kamen ebenso zu Wort wie Gewerkschafter

und Wissenschaftler oder Vertreter der Lebensmittelkette und der Landwirtschaft.

Der Gesellschaft zuzuwenden

EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos, der diese Konferenz ins Leben gerufen hatte, begab sich dabei bewusst in die Position des Zuhörers: „Wir müssen uns die Zeit nehmen, um uns der

Gesellschaft zuzuwenden.“ Diesem Zweck hatte auch eine Internet-Befragung gedient, an der sich in den vergangenen Monaten rund 6000 Menschen und Organisationen beteiligt hatten und deren Ergebnisse bei der Konferenz vorgestellt wurden. Ciolos hörte dabei vier Themenbereiche heraus: Wirtschaft, Umweltschutz, Erhaltung des Ländlichen Raumes sowie Qualität und Vielfalt.



EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos will Direktzahlungen künftig nicht nach Fläche, sondern nach objektiven Kriterien auszahlen lassen.

Vielfalt an Meinungen

Die Vielfalt an Teilnehmern sorgte auch für eine Vielfalt der Meinungsäußerungen. Südtirols EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann war bei der Konferenz dabei und urteilt: „Hier war wirklich Gott und die Welt vertreten. Natürlich hat jeder versucht, sein eigenes Feld zu bestellen.“

Die Umweltverbände forderten die Direktzahlungen für Landwirte noch stärker an Umweltleistungen zu binden. Vertreter der Nahrungsmittelindustrie mahnten an, die Industrie brauche wettbewerbsfähige Rohstoffe. Zahlreiche Diskussionsbeiträge kamen zum Aspekt, dass der Landwirt für die Pflege öffentlicher Güter wie Wasser- und Bodenschutz zuständig ist, diese Arbeit aber finanziell unzureichend gewürdigt wird.

Die Dachverbände der EU-Bauern und ihrer Genossenschaften, Copa und Cogeca, forderten weiterhin eine starke GAP: Sie müsse den Landwirten helfen, mit den zunehmenden

Kosten durch die EU-Vorschriften bei gleichzeitiger Preisvolatilität fertig zu werden.

Zwei Säulen sollen bleiben

EU-Kommissar Ciolos ließ sich noch nicht in die Karten blicken. Zwei Antworten gab er dann aber doch: Die EU-Agrarpolitik soll ihre Zwei-Säulen-Struktur behalten. In der ersten Säule sollen auf Jahresbasis die großen, gemeinsamen Herausforderungen unterstützt werden, die alle EU-Mitgliedsstaaten betreffen. In der zweiten Säule gehe es um Investitionen und Umstellungen im Rahmen von mehrjährigen Programmen, die auf einzelne Regionen und Betriebe zugeschnitten sein müssten. Die Intervention von Erzeugnissen soll als Sicherheitsnetz auch nach 2013 bestehen bleiben.

Die heutigen Direktzahlungen sollen hingegen nicht gleichmäßig über die Fläche in der EU, sondern nach „objektiven Kriterien“ verteilt werden. Die Betriebsform, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Klima-

und Umweltschutz könnten solche Bemessungsgrundlagen sein. Genauer wollte er nicht sagen und verwies auf die für November erwartete Kommissionsmitteilung, die mehrere Szenarien enthalten werde.

Bestätigung für Südtirol

Die Grundsätze der Südtiroler Agrarpolitik sieht Landesrat Hans Berger nach der Konferenz bestätigt. In einer Aussendung schreibt er: „Es hat sich klar gezeigt, dass es für künftige Agrarzahllungen mehr denn je eine Rechtfertigung brauchen wird.“ Die nötigen Konzepte – v.a. Nahrungsmittelsicherheit, Qualitätsproduktion, Klimaschutz, Tierschutz und die Sicherung der Biodiversität – fänden in Südtirol bereits seit Jahren Anwendung. Eine Fortschreibung dieser Linie durch die EU wäre für Südtiroler nur von Vorteil. Auch die Unterstützung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe – besonders solcher in benachteiligten Gebieten – stehe offensichtlich nicht in Frage. ▲ AGE/AIZ/LPA

„Unser System ist nicht in Gefahr“

EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann hat die Konferenz „Die GAP nach 2013“ vor Ort erlebt. Für den „Südtiroler Landwirt“ analysiert er die allgemeinen Auswirkungen und die möglichen Folgen für Südtirol.

„Südtiroler Landwirt“: Die Meinungen bei dieser Konferenz gingen ja weit auseinander. Gibt es dennoch so etwas wie einen gemeinsamen Nenner?

Herbert Dorfmann: Sinn der Konferenz war es ja, sozusagen Gott und die Welt anzuhören. Da hat jeder natürlich sein eigenes Feld bestellt. Eines aber war nicht zu überhören: Die starke Forderung der nicht-bäuerlichen Bevölkerung nach einer Gegenleistung.

Die Gesellschaft akzeptiert nicht mehr, dass jemand einfach nur öffentliches Geld bekommt, weil er Bauer ist. Wenn er öffentliche Zuwendungen haben will, muss er sozusagen mehr leisten und das auch nachweisen können.

Was heißt das für die Landwirtschaft in den Berggebieten?

Diese Argumentation kommt uns eigentlich entgegen. Keiner der Konferenzteilnehmer hatte etwas gegen Zahlungen für die Landwirtschaft in den Berggebieten. Im Gegenteil – viele halten eine Entschädigung gerade dann für gerechtfertigt, wenn es eine nachweisbare Benachteiligung gibt.

Unser System der Agrarpolitik ist also nicht in Gefahr. Es wird eher um kleinere Korrekturen gehen. Da müssen wir am Ball bleiben, damit diese in eine Richtung gehen, die unseren Betrieben nützt.

Andere Bereiche standen mehr in der Kritik?

Die Diskussion wird vor allem um die Flächenbetriebe in Gunstlagen geführt: Wie sehr können sie nachweisen, dass sie Umwelt erhalten, Landschaft pflegen, Humusschichten erhalten, vor Naturkatastrophen schützen usw.

Und wo sehen Sie den Haken?

Wir haben eine große Sorge: Es wird stark darüber diskutiert, die Ausgleichszulage und Umweltprogramme von der zweiten in die erste Säule zu verlagern. Dadurch käme uns aber der Gestaltungsspielraum für unsere regionalen Programme abhandeln. Gleichzeitig könnte die zweite Säule zu einem reinen Förderprogramm für den ländlichen Raum werden, in dem die Landwirtschaft keinen Schwerpunkt mehr darstellt. Beides ist nicht unbedingt gut für uns.



Herbert Dorfmann: „Aufpassen bei Verschiebungen von der zweiten in die erste Säule!“

Wird nach der Reform überhaupt noch genug Geld für die GAP da sein?

Die Agrarier fordern: Der EU-Agrarpolitik darf nach 2013 nicht weniger Geld zur Verfügung stehen als bisher. Aber es droht auf alle Fälle eine Umverteilung: Möglicherweise von Groß auf Klein, aber auch vom Westen in den Osten. ▲ INTERVIEW: GUIDO STEINEGGER